

5579

Gemeinsames Prüfungsamt?

~~Ja~~ - nein

Falls ja: P - K - V

Unterschrift

14. Dez. 1962

Termine:

10.11.62, 10.12.62

Landgericht Hamburg

Wiedergutmachungskammer

2

Rückerstattungssache

1) Rappolt Dr. Hilly Alice

2) Rigby Eric

Berechtigte

Bevollmächtigte Dr. Gies. Schenker, Reichs-anw. Hamburg

Vollmacht Bl.

gegen

Bundesrepublik - Oberfinanzdirektion - Y 6/701, 702 - R 43/432

Rückerstattungs-
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung: Baulandgut haben

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt: 19 62

- Aufzubewahren: - bis einschl. 19 43

- dauernd -

2 WiK 75/61

N 1494 - 0 - 7 -

Dres. SCHERZBERG, BUCH, SCHERZBERG, JOOST
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:
DRESDNER BANK AG.,
Dep.-Kasse Rathausmarkt, Konto 60 897
DEUTSCHE BANK AG.
JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO., Konto 4636
POSTSCHECK: HAMBURG 272 94

TELEGR.-ADR.: JUSTITIA HAMBURG
FERNSPR.: SAMMELNUMMER 34 63 55

JoJ

HAMBURG 11,
Alterwall 32

24. Februar 1961

An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Landgericht Hamburg

Bog. 27 FEB. 1961

Wiedergutmachungskammer

A n t r a g

- 1) des Fräulein Dr. Lilly Alice R a p p o l t,
6832 East End Avenue, Chicago 49, Ill., U.S.A.,
- 2) des Herrn Eric R i g b y (Erich Paul Rappolt),
"Sannox", Marsh Lane, London, N.W. 7, England,

- Antragsteller -

/Bevollmächtigte: Dres. Scherzberg, Buch, Scherzberg,
Joost, Hamburg 11, Alter Wall 32/

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
Aktenzeichen - J/6701, 702 - BV 43/432 -,
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,

- Antragsgegnerin -

auf gerichtliche Entscheidung.

I.

Frau Johanna Rappolt, die Rechtsvorgängerin und Mutter

der Antragsteller, musste verfolgungsbedingt u.a. folgende Wertpapiere abliefern:

1) Kraft Vermögensverfalls:

RM 38.500.-- 4% Anleihe der Hansestadt
Hamburg von 1942.

2) Zum Zwecke des Kapitaltransfers:

- a) RM 14.000.-- Vereinsbank in Hamburg Aktien
- b) RM 6.000.-- Mannesmannröhrenwerke Aktien
- c) RM 6.000.-- Vereinigte Stahlwerke Aktien
- d) RM 4.000.-- Rhein.Westf. Elektrizitätswerke Aktien
- e) RM 6.000.-- Deutsche Bank Aktien
- f) RM 5.000.-- 4 $\frac{1}{2}$ % Vorarlberger Illwerke
Obl. von 1938.

Die Entziehung dieser Wertpapiere steht fest auf Grund der Beschlüsse des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 21. Juni 1951 (V/Z 1794 -6-) und vom 28. Juni 1954 (V/Z 1794 -7-). Die Akten mögen herangezogen werden.

II.

Im Befriedigungsverfahren ist am 29. August 1960 der in Fotokopie von Durchschrift als

- A n l a g e 1 -
(nur für das Gericht)

beigefügte Bescheid der Oberfinanzdirektion Hamburg

ergangen, welcher den unterzeichnenden Bevollmächtigten der Antragsteller am 31. August 1960 zugestellt worden ist. Gegen diesen Bescheid richtet sich der Antrag, welcher gemäss § 42 BRUG gestellt wird.

1) Für die

RM 38.500.-- 4% Anleihe der Hansestadt
Hamburg von 1942

ist die Altsparerentschädigung nicht zugesprochen worden. Das ist zu beanstanden; denn es handelt sich um einen Umtauschfall. Weiteres Vorbringen hierzu bleibt vorbehalten. Wir haben eine Rückfrage an die depothaltende Bank gerichtet.

2) Irrtümlich ist die Behandlung der Wertpapiere, die für den Kapitaltransfer abgeliefert worden sind.

Zutreffend hat die Oberfinanzdirektion Hamburg den Wiederbeschaffungswert für die Aktien berechnet auf

DM 105.101.80;

zuzüglich 10% Zinspauschale DM 10.510.18.

Ebenso ist der Wiederbeschaffungswert für die

RM 5.000.-- 4 1/2% Vorarlberger
Illwerke Obl. von 1938

zutreffend bestimmt worden auf DM 750.30;

zuzüglich 25% Zinspauschale DM 187.57

zusammen DM 116.549.85.

Hervon sind die 4% abzusetzen,
welche zur Anschaffung von Devisen

freigegeben worden sind = DM 4.661.99

bleiben DM 111.887.86

Übertrag	DM 111.887.86
zugesprochen	DM 110.809.17
Differenz	DM 1.078.69.

Der Erbengemeinschaft müssen demnach weitere
DM 1.078.69 zugesprochen werden für die zum Zwecke
des Kapitaltransfers abgelieferten Wertpapiere.

3) Gleichliegende Fälle haben wir für

Hans A. R a p p o l t
2 WiK 378/59
OFD: R 63 - BV - 43 und

Kurt Richard S a m s o n Erben
2 WiK 305/60
OFD: S 10 - BV 43/433

anhängig gemacht. Die Sache Rappolt liegt beim
Obersten Rückerstattungsgericht.

Wir bitten daher.

über den vorliegenden Antrag
einstweilen nicht zu entscheiden.

Vollmachten werden wir nachreichen.

Der Rechtsanwalt

Lump

Anlage

Oberfinanzdirektion Hamburg

- O 5608 -
- J 6/701. 702 - BV 43/432 -

Reg. Nr. 3204

Hamburg 13, den 29. August 1930
Telefon: 441291

Durchschrift

Bescheid

31. AUG 1930

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -) vom 19. 7. 1937 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

Berechtigten:

- 1) Frau Alice Lilly Rappolt
6832 East-End Avenue,
Chicago 49, Ill./USA
- 2) Eric Righy (Erich Paul Rappolt)
"Sennor", Marsh Lane
London E. W. 7/England

als Rechtsnachfolger nach

Johanna Rappolt geb. Oppenheim
letzter inlind. Wohnsitz in Hamburg

Bevollmächtigter:

Rechtsanwälte Dres. Soherberg, Buch, Soherberg
Joost, Hamburg 11, Alter Wall 32

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

- 1) Teilbeschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 27. 3. 1931 - V/Z 1794 -6-
- 2) Teilbeschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 27. 3. 1931 - V/Z 1794 -6-
- 3) Beschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 21. 6. 1931 - V/Z 1794 -6-
- 4) 4. Teilbeschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 6. 10. 1932 - V/Z 1794 -6-
- 5) Endbeschluss des Landgerichtes Hamburg, 2. Wiedergutmachungskammer, vom 23. 9. 1934 - 2 WiK 623/1932 - V/Z 1794 -6-
- 6) Beschluss des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 26. 6. 1934 - V/Z 1794 -7-

6

II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Nachschüssen stellen den Berechtigten nach Ausgabe der 14 bis 26 Bände folgende Auskünfte zu:

zu I, 1)	DM 15.504,74
zu I, 2)	DM 94,96
zu I, 3)	DM 9.712,69
zu I, 4)	DM 40.969,60
zu I, 5)	DM 5.275,--
zu I, 6)	DM 11.009,17. X

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldebetrag wird auf

DM 128.442,32

(i. H. einhundertachtundachtzigtausendvierhundertzwanzig und vierzig 32/100 Deutsche Mark)

festgestellt.

III.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 57 Abs. 2 und 3 BZG abgesetzt zu werden DM 34.221,16

Der verbleibende Nachbetrag von DM 34.221,16 ist grundsätzlich bis zum Ende des Rechnungsjahres 1961 zu zahlen.

Im Falle des § 52 Abs. 5 BZG vermindert sich der Nachbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu erfüllenden Zinsanspruch.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldebetrag ist im Rahmen des § 34 BZG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1. 4. 1956 ab zu verzinsen. Die 18 Mark des § 34 BZG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31. 12. 1962 befriedigt.

V.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere facheratungserrechtliche Geldansprüche gegen die in § I BZG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil I - Bescheid.

VI.

Gründe:

- a) Durch den in Ziffer I, 1) genannten Teilbescheid ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, Herrn Rechtsanwalt Dr. Herrie Samson als Testamentvollstrecker von Johannes Kappelt Nachlass für entzogene Bankguthaben in Höhe von insgesamt DM 180.538,88/Lebensversicherung zu leisten. Für den inzwischen verstorbenen Testamentvollstrecker ist laut Beschluss des Amtsgerichts Hamburg vom 11. 3. 1960 - 76 VI 1097/47 ein Amtstestamentvollstrecker nicht bestellt worden. Das Abrecht

der Berechtigten ist durch Abrechnen des anteiligen Umsatzes vom 2. Jan. 1948 - Anz. 76 VI 1097/47 - nachgewiesen. Nach Vergleich vor dem Wiedergutachten beim Landgericht Hamburg vom 30. 7. 1951 - V/2 1794 -4- haben die Berechtigten von der vergangensten Summe einen Betrag v. n. RM 71.661,01 an die Oberfinanzdirektion Hamburg abgetreten, so daß sich der Schadensersatz auf RM 100.677,87 vermindert.

Gemäß §§ 15 Abs. 1, 22 RMUG in Verbindung mit Artikel 23 RMG ist dieser Anspruch im Verhältnis 10 : 1 auf Deutsche Mark auszustellen

DM 10.067,79

Minschneurechnen sind 25 % Zinspauschale (§ 15 Abs. 2 RMUG)

DM 2.716,92

- b) Durch den in Ziffer 1, 2 genannten Teilbeschluss ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, für einen entzogenen Netto-Vorteilsgewinnserlös in Höhe von RM 759,65 Schadensersatz zu leisten. Dieser Betrag ist gem. § 15 Abs. 1 RMUG im Verhältnis 10 : 1 auf Deutsche Mark auszustellen

DM 75,97

Minnu kommen 25 % Zinspauschale (§ 15 Abs. 2 RMUG)

DM 18,99

- c) Aus den in Ziffer 1, 3 genannten Beschlüssen ergibt sich die Verpflichtung des Deutschen Reichs, für entzogene Wertpapiere im Annahewert von RM 61.952,44 Schadensersatz zu leisten.

Abgeliefert wurden:

RM 4.000,- 4 1/2 % Rhein. Hyp. Bk. Fikbr. Reihe

33

" 6.000,- 4 1/2 % Berl. Stadtbl.-Obl. p. 1935

" 4.000,- Rhein. Westf. Bodenk.-Bk. Fikbr. S 20

" 600,- 4 % Unsch. Verb. Dt. Gem. Sohalderwehr.

" 3.000,- 4 3/4 % Habsburg Obl. p. 53

" 100,- 4 1/2 % Hyp. Bk. Fikbr. Ka. 0

RM 17.700,-

Diese Papiere sind einzahl. Altapparentenbesitzung und Zinspauschale mit 25 % ihres Nominalwertes an entzogenen

(§ 20 Abs. 1, 21, 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 RMUG in Verbindung mit den nachfolgenden Bestimmungen des Vermögens- und Altapparentenbesitzes).

RM 2.000,- 4 1/2 % Vorratbergr III-verke Obl. von 1936

Übersatz

DM 4.425,- DM 13.679,70

Übertrag

DM 4.425,-- DM 13.673,70

Diese Obligationen sind nach Auskunft der Deutschen Bundesbank mit DM 75,03 für RM 300,-- zu entschädigen DM 300,12

Hinszurechnen sind 25 % Zinspenechale (13 Abs. 2 BRUG)

75,03

375,15

RM 300,-- 3 1/2 % Dt. Reichsschatzanweisungen von 1941, Folge IV

500,-- 3 1/2 % Dt. Reichsschatzanweis. von 1943, Folge I

RM 500,--

Diese Schatzanweisungen sind gemäß § 20 Abs. 1 BRUG in Verbindung mit § 30, 35 des AG in Verhältnis 10 : 1 ihres Nennwertes zu entschädigen DM 500,--

RM 35.900,-- 4 % Anleihe der Hansestadt Hamb. von 1942

sind ebenfalls gemäß § 20 Abs. 1 BRUG in Verhältnis 10 : 1 auf DM auszustellen

3.850,-- DM 3.850,--

Hins zu rechnen sind 25 % für entgangene Zinsen

(§ 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 BRUG)

982,25 / 2 4.212,25 9.712,65

- a) Durch den in Ziffer 1, 4) genannten 4. Teilbeschluss ist das Deutsche Reich verpflichtet worden für folgende entzogene Wertpapiere Schadensersatz zu leisten:

- 1) auf Grund der 11. SVO zum Reichsbürgergesetz entzogen im Annahewert von RM 67.661,01
- 2) für die Begleichung der Judenvermögensabgabe abgegeben im Annahewert von RM 72.982,32.

RM 11

Abgeliefert werden:

RM 61.450,-- 3 1/2 % Reichsschatzanweis. v. 1941 IV. Folge

Die Umstellung erfolgt gemäß § 20 Abs. 1 BRUG in Verbindung mit § 30, 35 des AG in Verhältnis 10 : 1 auf DM DM 6.140,--

Hinszurechnen sind 25 % Zinspenechale

(§ 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 BRUG)

1.535,-- DM 7.675,--

Übertrag

DM 7.675,-- DM 23.922,35

Übertrog

DM 7.675,-/ DM 23.392,35/

RM 3.000,-/ 4 1/2 % unbes. Reichsschatz-
anw. von 1930, 1. Folge
" 600,-/ 4 1/2 % dt. Reichsanl. II.
Folge v. 1930

RM 3.600,-/

Die Entschädigung einschl. Altsparkrent-
entschädigung und Zinspauschale erfolgt hier
mit 25 % des Nennwertes, wie bereits
unter e) angeführt;

" 1.400,-/

Zu 2)

Abgeliefert wurden:

RM 5.000,-/ 4 1/2 % Hyp. Bk. Rdb.
Goldpfabr. Bk. 3
" 5.000,-/ 4 1/2 % Rhein.-Westf. Boden-
kreditbk. Pfabr. Serie 16
" 3.000,-/ 4 1/2 % Rhein.-Westf. Bk.-
Obl. per 1935
" 9.000,-/ 5 % Gelsenberg Bannan
Obl. v. 1937
" 3.000,-/ 5 % Gutehoffnungshütte Teil-
schuldverschreibungen von
1937
" 3.000,-/ Rhein. Westf. Bk.-Obl. 20 Teil-
schuldverschr. Reihe IV
per 1935

RM 24.000,-/

Diese Papiere sind einschl. Altsparkrent-
entschädigung und Zinspauschale mit 25 %
ihres Nennwertes zu entschädigen
(§ 20 Abs. 1, 21, 20 Abs. 3, 16
Abs. 2 RMUG in Verbindung mit den aus-
geübten Bestimmungen des Umstellungs-
und Altsparkrentgesetzes)

" 6.000,-/

RM 2.000,-/ 4 1/2 % Harpener Bergbau AG.
Teilschuldverschreibungen
von 1935

Diese Papiere sind wie Aktien zu be-
handeln. Der Kurswert am 1. 4. 1936
= 139,46 % ✓ DM 2.789,20/

Müssen können 10 % für
entgangene Dividende

" 279,22 ✓ " 3.068,12 ✓

Bereit Aktien abgeliefert werden sind,
richtet sich die Höhe des Zinspauschalen-
betrages gemäß § 16 RMUG nach deren Kurs-
wert am 1. 4. 1936.

Übertrog

DM 20.143,12/ DM 23.392,35/

10

Übertrag

DM 18.143,12 / DM 23.392,35 ✓

Es wurden abgeliefert am 1. 4. 1934:

RM 1.000,-	Bayerische Motorenw. Aktien	Kurs 64,91 ✓	649,10 ✓
" 1.000,-	Jal. Berger Tief- bau Aktien	Kurs 59,95 ✓	599,50 ✓
" 1.800,-	Brennemannröhren- werke Aktien	Kurs 359,05 ✓	6.462,90 ✓
" 1.500,-	Metallges. AG. Aktien	Kurs 459,30 ✓	6.889,50 ✓
" 1.500,-	Felten & Guilleaume Aktien	Kurs 260,40 ✓	3.906,00 ✓
" 1.000,-	Kaiser Porzellan Aktien	Kurs 154,00 ✓	1.540,00 ✓
			DM 21.392,44 ✓

Hinzuerechnen sind 1 für
entgangene Dividenden
(16 Abs. 2 Abs. 2)

2.057,60 ✓

22.057,60 ✓

RM 1.200,- Niederlausitzer
Kohlwerke AG
Aktien

Für

Diese Papiere sind seit dem 15. 7. 1934
keine Kurse mehr notiert worden, ein
Wiederbeschaffungswert per 1. 4. 1934 ist
somit nicht zu ermitteln. Sie sind dar-
her gemäß § 17 Abs. 1 mit dem im Verhältnis
1 : 1 aufgeteilten Wiederbeschaffungswert von
RM 1.500,- zu entschädigen RM 150,00 ✓

zusätzlich 10 für entgangene
Dividende
(16 Abs. 2 Abs. 2)

10,00 ✓

160,00 ✓

RM 12.000,- 7 1/2 % Reichsbank-Vorschuß-
aktien.

Diese Papiere sind einschl. Altapartent-
schädigung und Zinspauschale mit 25 % ihres
Nennwertes zu entschädigen. Der Nennwert
gilt nach § 36 Abs. 2 Abs. 2 des 1. Absatzes des
eigentlichen Nennwertes = RM 14.400,00 ✓
Hiervon 25 %

3.600,00 ✓

RM 20.000,- 4 1/2 % analob. Reichsschatz-
von 1930, 1. Folge

sind einschl. Altapartentschädigung und
Zinspauschale mit 25 % ihres Nennwertes
zu entschädigen

5.000,00 ✓

Übertrag

DM 48.965,00 / DM 23.392,35 ✓

Übertrag

DM 40.965,80 - 23.322,35 ✓

(§§ 20 Abs. 1, 21, 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 BRHG in Verbindung mit den maßgeblichen Bestimmungen des Umwandlungs- und Altspargesetzes).

DM 40.965,80 ✓

- e) Aus dem in Ziffer 1, 3) genannten Endbeschluss ergibt sich die Verpflichtung des Deutschen Reichs, für an den Jüdischen Religionsverband abgelieferte Wertpapiere im Annahmewert von RM 18.667,05 Schadenersatz zu leisten.

Abgeliefert wurden:

RM 3.200,- 4 1/2 % Dt. Reichsschatzanweisungen von 1938, II. Folge

Wie bereits vorstehend ausgeführt, werden auch diese Papiere mit 25 % ihres Nominalwertes entschädigt

DM 800,-- ✓

RM 2.100,- 3 1/2 % Dt. Reichsschatz v. 1942, I. Folge

RM 33.700,- 3 1/2 % Dt. Reichsschatz v. 1941, IV. Folge

RM 35.600,-- ✓

4

Diese Reichsschatzanweisungen werden gemäß § 20 Abs. 1 BRHG in Verbindung mit § 24, 25 BRHG im Verhältnis 1 : 1 ihren Nominalwert auf Deutsche Mark umgewandelt zu 3.500,-- ✓

Hinsu kommen 25 % Zinsanspruch (§ 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 BRHG)

DM 800,-- / DM 4.475,-- ✓ 5.275,-- ✓

- f) Durch den in Ziffer 1, 6) genannten Beschluss ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, für aus Zweck des Kapitaltransfers abgelieferte Wertpapiere im Annahmewert von RM 60.336,87 Schadenersatz zu leisten. Für die abgelieferten Wertpapiere sind der Verfolgung wegen 2.194,06 verurteilt worden, deren Gegenwert in analoger Anwendung des Art. 36 Abs. 1 BRHG auf den Ausk- erstattunganspruch anzurechnen ist. Für die Höhe des Gegenanspruchs ist gemäß § 25 BRHG der Wert der Devisen am 1. 4. 1956 maßgebend.

Somit Aktien abgeliefert wurden, richtet sich die Höhe des Schadenersatzbetrages nach dem Kurswert der Aktien am 1. 4. 1956.

Abgeliefert wurden am 19. 9. 1941:

RM 14.000,- Vereinsbank i. Hmb.

Aktien

Karte 240,50 ✓ DM 33.670,-- ✓

Übertrag

DM 33.670,-- ✓

DM 77.635,35 ✓

Übertrag DM 33.670,-- ✓

DM 77.633,35 ✓

RM 6.000,-- Mannesmann-Röhren-
Aktien
Kurs 359,03 % ✓ = 21.541,80 ✓

* 6.000,-- Verein. Stahlwerke
Aktien
Kurs 512,40 % ✓ = 30.744,-- ✓

* 4.000,-- Rhein.-Westf. Kl-
B. Aktien
Kurs 212,43 % ✓ = 8.497,20 ✓

* 6.000,-- Deutsche Bank
Aktien
Kurs 177,40 % ✓ = 10.644,00 ✓

DM 105.101,80 ✓

abszusetzen sind anteilig 2
wag. Pesos 1.998,18
Kurs 1 Peso = DM 2,35

= 4.695,72

DM 109.406,08 ✓

Rücknahmen 10 % für entgegen-
gesetzte Dividenden
(§ 16 Abs. 2 BRUG)

= 10.040,61 ✓

DM 110.446,69 ✓

RM 5.000,-- 4 1/2 % Vorarlbg. Illwerke
Obl. von 1958

Diese Obligationen sind nach Kaufkraft der
Deutschen Bundesbank mit DM 75,03 für
RM 500,-- zu entschädigen

= 750,31 ✓

abszusetzen sind anteilig 1

wag. Pesos 195,00 zum
Kurs von DM 2,35 für 1 Peso

= 462,32

DM 289,98 ✓

Hinzurechnen sind 25 %

Zinszuschale
(§ 16 Abs. 2 BRUG)

= 72,50 ✓

362,48 ✓

DM 110.809,17 ✓

Der Gesamtanspruch beläuft sich auf

DM 108.442,32 ✓

Dieser Betrag ist wie folgt auszusahlen:

a) Gemäß § 32 Abs. 2 und 3 BRUG summiert
in Höhe von 50 % des Anspruchs

DM 54.221,16

b) Der Restbetrag vom
ist bis Ende des Rechnungsjahres 1961
auszusahlen. (§ 32 Abs. 4 BRUG)

DM 54.221,16

Auf die nach § 32 Abs. 5 BRUG bestehende Kürzungsmöglichkeit
wird hingewiesen.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Vornahme des Gesamt-
betrages ab 1. 4. 1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind
die festgestellten Ansprüche ab 1. 4. 1956 zu veranlassen, so-
fern der nach voller Befriedigung aller festgestellten
Bücherstellungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG

19

genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Gesamtbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertste.

VII.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Bescheid können die Berechtigten innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem Tage der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei der Niedergutachungskammer des Landgerichts Hamburg beantragen.

Im Auftrag

gez.

(Berner)

Regierungssekretär



Beglaubigt

Müller

Kanzlei-Mann

Oberfinanzdirektion Hamburg

J 6/701,702 - BV 26 -

(24a) Hamburg 13, den 11. April 1961

Harvestehuder Weg 14

Postfach

Tel. 44 12 91 / App. 45

Büro: Magdalenenstr. 64 a

An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer 2

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

(mit zwei begl. Durchschriften)

In der Rückerstattungssache

- - 2 WiK 75/61 - -

Z 1794 -6- -7-

Johanna Rappolt Nachlaß ./. Bundesrepublik Deutschland
(RAe.Dres. Scherzberg pp.) (OFD Hamburg)

nimmt die Antragsgegnerin zu dem Antrag der Antragsteller auf gerichtliche Entscheidung gegen den Bescheid der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 29.8.1960 - Reg.Nr. 3204 - wie folgt Stellung:

I. Dem angefochtenen Bescheid liegen u.a. die Beschlüsse des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 26.1.1951 - Az.: V/Z 1794 -6- und 28.6.1954 - Az.: V/Z 1794 -7- zugrunde.

In dem erstgenannten Beschluß war das Deutsche Reich u.a. verpflichtet worden, den Antragstellern wegen der Entziehung von RM 38.500,- 4% Anleihe der Hansestadt Hamburg von 1942 Schadensersatz zu leisten. Dieses Papier ist in der 5.Ergänzung zu der Liste der Wertpapierarten (§ 1 Abs. 1 der 1.Weisung zum Altsparerergesetz) mit c) bezeichnet und gehört somit nicht zu den Wertpapieren, für die nach dem Altsparerergesetz eine Altsparerentschädigung zu gewähren ist. Demgemäß hat die Antragsgegnerin den Schadensersatzbetrag für das vorgenannte Papier gemäß § 20 Abs. 1 BRÜG, im Verhältnis 10:1 auf DM umgestellt, einschließlich 25% Zinspauschale gemäß §§ 20 Abs. 3, 16 Abs. 2 BRÜG auf insgesamt DM 4.912,50 festgesetzt.

Die Antragsteller wenden sich mit ihrem Rechtsmittel gegen diese Schadensberechnung und begehren mit der Behauptung, daß es sich hier um einen Umtauschfall handle, nunmehr auch eine Altsparerentschädigung auf den festgestellten Anspruch. Die geltend gemachte Altsparerentschädigung kann den Antragstellern nur dann zugebilligt werden, wenn ihnen der in Aussicht gestellte Nachweis gelingt, daß es sich hier tatsächlich um einen Umtauschfall gehandelt hat.

II. Durch den Beschluß des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 28.6.1954 - Az.: V/Z 1794 -7- war das Deutsche Reich verpflichtet worden, für zum Zwecke des Kapitaltransfers abgelieferte Wertpapiere im Annahmewert von RM 60.336,87 Schadensersatz zu leisten.

Die Antragsteller beanstanden auch hier die Höhe des festgesetzten Schadensersatzbetrages.

Die Antragsgegnerin hat die Schadensberechnung nach ihrer ständigen, von der Kammer in gleichgelagerten Fällen bereits bestätigten Bewertungspraxis in Transferfällen vorgenommen.

Die Parallelsache Hans Alfred Rappolt, in der sich der 5. Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg in seiner Entscheidung vom 21.12.1959 - Az.: 5 WiS 173/59 - 2 WiK 378/59 - mit derselben Frage ausführlich befaßt hat, ist auf Grund des von dem Antragsteller eingereichten Nachprüfungsantrages zur Zeit bei dem Obersten Ruckerstattungsgericht in Herford anhängig.

Die Antragsgegnerin schließt sich daher dem Antrag der Antragsteller an, eine Entscheidung in der vorliegenden Sache einstweilen zurückzustellen.

Vorsorglich wird jedoch beantragt,

den Antrag der Antragsteller gegen den Bescheid der Oberfinanzdirektion Hamburg vom 29.8.1960 - Reg.Nr. 3204 - als unbegründet zurückzuweisen.

Vorgelegt nach Fristablauf:

Hamburg, den

17. Juli 1961

L. 2. Monck

12.06.61. 41

15.5.61

Im Auftrag

(Görner)
Regierungsrat

Dres. SCHERZBERG, BUCH, SCHERZBERG, JOOST
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:
DRESDNER BANK AG.,
Dep.-Kasse Rathausmarkt, Konto 60 697
DEUTSCHE BANK AG.
JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO., Konto 4636
POSTSCHECK: HAMBURG 272 94

TELEGR.-ADR.: JUSTITIA HAMBURG
FERNSPR.: SAMMELNUMMER 34 63 55

JoJ

HAMBURG II.
Allerwall 32

8- Juni 1961

An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer 2

2 WiK 75/61 - Z 1794 -6-7-



S c h r i f t s a t z

in der Rückerstattungssache

Johanna Rappolt Nachlass ./ Bundesrepublik Deutschland
Oberfinanzdirektion Hamburg
/Dres.Scherzberg,Buch, - J 6/701,702 - BV 26 -
Scherzberg,Joost/

Zu dem Schriftsatz der Oberfinanzdirektion Hamburg
vom 11. April 1961 nehmen wir für die Antragsteller
wie folgt Stellung:

Zu I.:

Nach der eingeholten Bankauskunft kann der Nachweis nicht
erbracht werden, dass es sich um einen Umtauschfall handelt.
Insoweit wird der Antrag daher zurückgenommen.

Zu II:

Auch die Antragsteller halten es für zweckmässig, dass
das Verfahren ruht, bis in dem Testprozess Hans A. Rappolt
entschieden worden ist.

Vollmachten der Antragsteller sind als

- A n l a g e n 2 und 3 -
(nur für das Gericht)

beigefügt.

Der Rechtsanwalt

Anlagen

[Handwritten signature]